

Laut ZDF zieht Neuseeland aufgrund der verheerenden Folgen der Privatisierung ihrer Bahn im Jahre 1993 die Reißleine und kauft die Bahn mit hohen Verlusten zurück, schreibt einer unserer Leser und [verweist auf das ZDF](#): Dort heißt es unter der Überschrift „Wegen schlechter Erfahrungen“ „Während Berlin am Bahn-Börsengang bastelt, zieht Neuseeland die Reißleine: Wegen schlechter Erfahrungen haben die Neuseeländer ihre Bahn zurückgekauft. Der Verkauf Anfang der 90er Jahre und der folgende Niedergang „war eine schmerzliche Lektion“.

Das ZDF meldet weiter: „Die neuseeländische Regierung kauft für 665 Million Neuseeländische Dollar (336 Millionen Euro) die privatisierte Bahn wieder von der australischen Firma Toll Holdings zurück“. Das gab Finanzminister Michael Cullen am Montag bekannt. Dies sei der beste Weg für notwendige Investitionen in diesem Bereich, erklärte Cullen. „Der Verkauf der staatlichen Bahn zu Beginn der 90er Jahre und der danach folgende Niedergang des Vermögens war eine schmerzliche Lektion für Neuseeland“, erklärte der Minister.

Die staatliche neuseeländische Bahn wurde 1993 für 400 Millionen Neuseeländische Dollar (202 Millionen Euro) an private Investoren verkauft,...

Kommentar unseres Lesers, offenbar eines Sozialdemokraten: Die „schmerzliche Lektion“ der Neuseeländer ficht aber unsere Politiker, insbesondere meine SPD-„Genossen“ in Berlin nicht an. Sie ziehen weiter wie die Lemminge wohl in der Hoffnung, bis zum zu erwartenden Crash genug abgegriffen zu haben.“

So ist es wohl – ich ergänze mit dem Hinweis darauf, dass mit Sicherheit auch Vertreter anderer Parteien, zumal der Union, ordentlich profitieren. Schließlich war der Vertreter einer der aussichtsreichen Investmentbanken, Dr. Notheis von Morgen Stanley, im Jahr 2005 ehrenamtlicher Wahlhelfer mit Fulltime-Einsatz beim damaligen CDU-Generalsekretär Kauder und Angela Merkel.

Es ist so, wie wir immer schon sagen – in den NachDenkSeiten und auf Seite 163 ff. des kritischen Jahrbuchs: Privatisierungen wie die bei der Bahn kann man nur erklären, wenn man fragt, wer verdient daran. Im konkreten Fall verdienen die Investmentbanken beim Verkauf zum ersten Mal und beim Rückkauf zum zweiten Mal. Und auch die Käufer verdienen dann, wenn der Staat wieder zurück kauft.

Die Finanzwirtschaft und die mit ihr verbundene Entourage aus Rechtsanwälten, Beratern, Steueranwälten und PR-Agenturen braucht Transaktionen. Bewegung klingelt im Kasten – in die Privatisierung und zurück in die Rück-Übernahme durch den Staat. Alle verdienen

daran. Nur wir, das Volk und die Steuerzahler schauen in die Röhre, viel schlimmer, wir bezahlen das Verschern unser Volksvermögens wie auch den Rückkauf. Doppelt und dreifach. Denn wir sind auch noch Opfer der mit der Privatisierung eingeleiteten falschen Verkehrspolitik.